

Fakten und Argumente



ERSTE INTERNETNIGHT

Die CDU im Zeichen des @

Über 700 Gäste aus der Internetszene, aus Wirtschaft und Politik kamen und folgten der Einladung der Parteivorsitzenden. Im Berliner Konrad-Adenauer-Haus fand am 15. Mai die erste InternetNight der CDU statt.

Angela Merkel hatte das Interesse an dem „E“lektroni-

schen Medium richtig eingeschätzt und bediente es. Ganz oben auf der Prominentenliste: Dr. Heinrich von Pierer, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG (Foto), der über „Internet und New Economy“ sprach und das Modische daran von dem unterschied, was von Dauer sein wird. (Seite 3)

INHALT

LAURENZ MEYER:
Das Thema Rente ist für
uns nicht beendet.
SEITE 2 UND 5

DUKUMENTATION
Höhere Qualität, größere
Transparenz und mehr
Wettbewerb. Für eine
realistische und sozial
verträgliche Kranken-
hausreform. Diskussions-
papier des Bundesfachausschusses
Gesellschafts-
und Sozialpolitik

INNENTEIL

■ Bundesausschuss „Zuwanderung steuern. Integration fördern“, „Fest der Kulturen“, 7. Juni 2001 und Zukunftskonferenz „Morgen.DE“, 8. Juni 2001 (Seite 4) ■ Generalsekretär Laurenz Meyer: Ein Versinken Afrikas im Elend würde auch Europas Wohlstand bedrohen. (Seite 6) ■ Die Zuwanderung wird begrenzt durch das Maß unserer Integrationsfähigkeit. Gemeinsames Positionspapier von CDU und CSU (Seite 7-11) ■ Dietrich Austermann: Belastungen für Betriebe und Bürger werden steigen (Seite 14) ■ Berechtigte Forderungen der ehrenamtlich Tätigen regelrecht „abgebürstet“. Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Seite 16) ■ CDU Niedersachsen: Plädoyer „Für einen fairen Sozialstaat“, Hessen: Modellversuch „Elektronische Fußfessel“ (Seite 17) ■ CDU Bremen: Landesparteitag (Seite 18) ■ CDU Berlin: Landesparteitag (Seite 19)

IMPRESSUM



GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Das Thema **Rente** ist für uns nicht beendet

Das CDU-Präsidium ist am 13. Mai in Berlin mit dem Vorstand des DGB zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetroffen.

Generalsekretär Laurenz Meyer: Wir haben eine Reihe von Fragen kontrovers diskutiert. Beispiel: Betriebsverfassungsgesetz. Zur Hauptsache habe sich das Gespräch jedoch um die Entwicklung auf dem **ARBEITSMARKT** gedreht. Dabei sei es vor allem um die Frage gegangen, wie Langzeitarbeitslose wieder besser integriert werden könnten.

Gegenstand der Debatte war außerdem die demografische Entwicklung. In diesem Zusammenhang betonte der Generalsekretär auf der anschließenden Pressekonferenz, dass die Bundesregierung im Gegensatz zur Union über keine tragfähigen Konzepte verfüge. Dies gelte für die **RENTENREFORM** mit den Fragen der Generationen-

gerechtigkeit und mit den Auswirkungen der Reform auf die Frauen. Die Union werde deshalb weiter für eine tragfähige und dauerhafte Lösung kämpfen. „Das Thema ist für die CDU auch nach dieser Woche nicht beendet.“

Von der demografischen Entwicklung werde besonders die Familienpolitik berührt. Hier habe die CDU eine Prioritätensetzung vorgeschlagen. Die Bundesregierung plane, die 30 Mark **KINDERGELD**erhöhung und die Veränderungen bei den Steuerfreibeträgen zu mehr als der Hälfte gegen zu finanzieren. „Das ist eine Zumutung.“

Es sei „skandalös“, dass u.a. der Haushaltsfreibetrag, der bisher Alleinerziehenden zustand, und der Ausbildungsfreibetrag gestrichen werden sollen. Dazu komme noch die nächste Ökosteuererhöhung zum 1. Januar 2002.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelthöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 50000), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Internet: Chiffre für Modernität schlechthin und für mehr **Beteiligungschancen**

■ E-Government ■ E-Democracy ■ Sicherheit im Netz ■ Internet und Mittelstand ■ politische Kampagnen im Internet waren die fünf Themen, auf die sich das Interesse an der InternetNight verteilte.

In fünf Workshops wurde referiert und diskutiert. Wer mit dabei war, hörte immer wieder: „längst fällig“, „ein Coup geglückt“, „übertrifft meine Erwartungen“.

„Im Zeichen wachsender Individualisierung“ – Justin Townsend (Director Consulting Zentropy Berlin) im Workshop Politische Kampagnen – „muss eine intelligente Partei ihre Ansprache auf die persönlichen Lebens-Umfelder derer ausrichten, die sie für sich gewinnen will.“

Dass die CDU genau dies erkannt hat, zeigt der Mut, zu einer solchen Großveranstaltung in die Parteizentrale einzuladen.

Bereits heute ist der Umgang mit dem Internet für die meisten Menschen so selbstverständlich wie Essen und Trinken. Professor Dieter Otten und die Internetbeauf-

tragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Martina Krogmann, sehen das nicht anders. Merkmal dieser Modernität: „Was bislang in den Bereich politischer Utopien gehörte, ist machbar geworden: ■ mehr Beteiligungschancen für die Bürger – mehr Transparenz durch ■ mehr Information ■ Wahlen über Internet (E-Vote) ■ mehr direkte Demokratie.“

Matthias Wissmann moderierte den Workshop Mittelstand. Die Redebeiträge: konkrete Schilderungen der

Erfahrungen, die Geschäftsführer von start-ups machen. Fast alle laufen darauf hinaus: Internet erweitert Möglichkeiten und beschleunigt die Prozesse. Nur: „die Politik“ kommt dem nicht nach.

Einhelliger Wunsch: durch Deregulierung auch für ihre Unternehmen die Freiheiten gewinnen, die sich per Internet der Kommunikation erschlossen haben. Sie wollen es „schneller und schlanker“ haben und „niedrigere Steuern“. (Bericht folgt)

Die Gesellschaft für die **Chancen** der New Economy gewinnen

Zu den Rahmenbedingungen für die Netzwirtschaft gehört:

■ „dass es in der Steuerpolitik weiter voran geht“. Heinrich von Pierer schloß sich den Forderungen seiner Vorrednerin, der Parteivorsitzenden, an: ■ „dass die Regulierungsdichte am Arbeitsmarkt und in der Sozialgesetzgebung aufhört, unternehmerische Eigeninitiative zu bremsen“. ■ „dass man hochmotivierte Mitarbeiter, die auch

schon einmal bis in den Abend hinein arbeiten würden“, nicht nach Hause schicken muss, nur weil es die Arbeitszeitordnung so will. ■ dass sich junge Menschen für Ausbildungs- und Studiengänge begeistern, „die gute Startvoraussetzungen schaffen und gefragt sind“. ■ dass sich der Anteil junger Frauen am Studium ingenieurwissenschaftlicher Fächer endlich aus dem 5%-Ghetto befreit.

Die CDU Deutschlands lädt ein zum „Fest der Kulturen“. Am **Donnerstag, dem 7. Juni 2001**, von 18 bis 22 Uhr, erwartet Sie internationales Flair mit musikalischer Unterhaltung und landestypischen Speisen. Die CDU freut sich auf Ihren Besuch im Konrad-Adenauer-Haus, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin (Tiergarten).

DISKUSSION UND BESCHLUSSFASSUNG DES KONZEPTS „ZUWANDERUNG STEUERN. INTEGRATION FÖRDERN“ DURCH DIE DELEGIERTEN AUF DEM BUNDESAUSSCHUSS AM **7. JUNI 2001** IM WILHELMINENHOF IN BERLIN-KÖPENICK



Morgen.DE!
Deutschland weiter denken.

CDU

„Was heute modern scheint, ist morgen von gestern. Werte bleiben. Sie sind unsere Suchmaschine in die Zukunft.“ Mit diesen Worten als Motto laden die Parteivorsitzende Angela Merkel und Generalsekretär Laurenz Meyer zur Zukunftskonferenz „**Morgen.DE**“ in das Event Center Tempelhof Airport nach Berlin ein. **Termin: Freitag, 8. Juni, 10 bis 16.30 Uhr.** Diskutiert werden soll in drei Foren über ■ Wissenswelten ■ Lebenswelten ■ Politik machen. Angela Merkel wird um 14.45 Uhr eine Rede zum Thema „Deutschland weiter denken“ halten. In der Mittagspause zeigen Unternehmen Zukunft zum Anfassen.

Die CDU sagt **Nein** zur Rente

Die Rentenreform ist am 11. Mai im Bundestag und Bundesrat gegen die Sachargumente von CDU und CSU verabschiedet worden. Der Konsens, um den wir lange gerungen haben, ist nicht zustande gekommen. Die Gründe:

■ Alle Bürgerinnen und Bürger unter 45 Jahren werden bei der rot-grünen Rente so viel einzahlen und so wenig herausbekommen wie nie zuvor. Der angegebene Beitragssatz von 22 Prozent kann nicht eingehalten werden. Experten rechnen langfristig mit 25 Prozent. Das Rentenniveau wird tatsächlich auf 64 Prozent sinken – das ist weit weniger als bei der CDU-Reform, die von Rot-Grün als „sozialer Kahlschlag“ beschimpft wurde.

■ Die rot-grüne Rente ist willkürlich und ungerecht. Nachdem die Rentner bereits im letzten Jahr auf eine angemessene Rentenerhöhung verzichten mussten und zusätzlich mit der unsinnigen Ökosteuer belastet wurden, sollen die Rentenanpassungen nach der Bundestagswahl 2002 um insgesamt 4 Prozent reduziert werden.

■ Die Frauen sind die Hauptverlierer der rot-grünen Rente. Sie sind von den Kürzungen doppelt betroffen: Die Witwenrente soll gesenkt werden. Und bei der privaten Vorsorge müssen Frauen für die gleiche Rente mehr einzahlen.

■ Die rot-grüne Rente beruht auf Rechentricks: Arbeitsminister Riester hat einfach seine Rechengrundlagen verändert und die geschätzte Zahl der Zuwanderer erhöht, die Beiträge in die Rentenkasse zahlen sollen. Das ist beliebig und unseriös.

■

Frauen, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, Hausfrauen mit einem Kind und erwerbstätige Alleinerziehende gehen völlig leer aus

■ Die Leistungsgerechtigkeit bleibt bei der rot-grünen Rente auf der Strecke. Durch die Grundsicherung gilt künftig: Wer vorsorgt, wird versorgt, wer nicht vorsorgt, wird auch versorgt. Die Grundregel, nach der jedes Kind bei der Rente gleich viel wert sein muss,

wird gebrochen. Vielmehr gehen Frauen, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, Hausfrauen mit einem Kind und erwerbstätige Alleinerziehende völlig leer aus.

■ Die rot-grüne Rente ist ein bürokratisches Monstrum. Die Förderung der privaten Vorsorge wurde von der Union vorgeschlagen; die Umsetzung durch Rot-Grün ist misslungen: Die Regelungen sind undurchsichtig und kompliziert. Die Unterstützung für Geringverdiener und Familien ist völlig unzureichend.

Die CDU sagt NEIN zur rot-grünen Rente: Diese Rente ist unehrlich, unseriös und ungerecht. Die Union verfügt weder im Bundestag noch im Bundesrat über eine Mehrheit. Deshalb haben wir das Gesetz nicht verhindern können. Aber die rot-grüne Rente wird keinen Bestand haben. Wir werden nach einem Wahlsieg 2002 für eine zukunftsfähige Alterssicherung sorgen.

[http://](http://www.cdu.de/infonet)

**Horst Seehofer,
Maria Eichhorn und
Roland Koch zur
Rentenreform:
www.cdu.de/infonet**

Ein **Versinken** Afrikas im Elend würde auch Europas Wohlstand bedrohen

Aus der Eröffnungsrede des Generalsekretärs auf der Fachtagung des Bundesausschusses Entwicklungspolitik und des Bundesarbeitskreises Menschenrechte am 7. Mai:

Afrika droht in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend an den Rand gedrängt zu werden. Afrika, so glauben viele, sei der verlorene Kontinent. Warum also noch weitere Mittel und Energie auf die Staaten Afrikas südlich der Sahara verschwenden?

■ Die Bevölkerung wird bis zum Jahr 2020 auf über eine Milliarde Menschen anwachsen. ■ Das Pro-Kopf-Einkommen ist heute niedriger als vor 30 Jahren. Epidemien wie Malaria und Tuberkulose breiten sich weiter aus. Aids droht in ganzen Landstrichen, das demographisch-gesellschaftliche Gleichgewicht zu zerstören. ■ Die Urbanisierung Afrikas schreitet weiter fort, ohne dass die entsprechende Infrastruktur in gleichem Maße wachsen könnte. ■ In mehreren Ländern gibt es gewaltsame Auseinandersetzungen wegen der Frage der



Landverteilung. Ist Afrika also der Verlierer der Globalisierung?

Ich glaube und hoffe, dass diese Ansicht falsch ist. In den vergangenen Jahrzehnten hat es in Afrika südlich der Sahara hoffnungsvoll stimmende Entwicklungen gegeben. Viele Länder haben erfolgreich Maßnahmen ergriffen, um Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einzuführen und zu verankern.

Dennoch dürfen Erfolgsmeldungen nicht überbewertet werden, und es gibt gute Gründe, unser Engagement für Afrika fortzusetzen. Für die CDU ist es eine ethische Verpflichtung, Afrika zu helfen, denn Grundlage und Orientierung unseres politischen Handelns ist das christliche Verständnis vom Menschen.

Allerdings gibt es nicht nur eine ethische Grundlage für

ein Engagement zugunsten Afrikas südlich der Sahara:

■ Ein Versinken Afrikas in Elend und Chaos würde z.B. Flüchtlingsströme bedeuten und damit auch die Sicherheit und den Wohlstand Europas und Deutschlands bedrohen. ■ Ökologische Zerstörungen haben globale Konsequenzen. ■ Zumindest langfristig könnten die Staaten Afrikas südlich der Sahara auch zu interessanten Handelspartnern werden.

Werte und Interessen verpflichten Deutschland also, sich für eine nachhaltige Entwicklung Afrikas einzusetzen.

Garantie der Menschenrechte sorgt für Stabilität

Nachhaltig – nicht nur im ökonomisch-ökologischen Sinne – kann eine Entwicklung aber nur sein, wenn die Menschenrechte garantiert sind. Ohne die Durchsetzung der Menschenrechte gibt es immer wieder Quellen neuer Instabilität, die alle Fortschritte zunichte machen können.

Die Zuwanderung wird **begrenzt** durch das Maß unserer Integrationsfähigkeit

1. Deutschland ist ein weltoffenes Land, das im Laufe seiner Geschichte – wie andere Staaten auch – immer Zuwanderer aufgenommen und integriert hat. Die Bundesrepublik Deutschland steht unter starkem Zuwanderungsdruck. Sie ist zu einem bevorzugten Ziel von Zuwanderern aus der ganzen Welt geworden.

Deutschland ist kein klassisches Einwanderungsland und kann es auf Grund seiner historischen, geographischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten auch nicht werden.

In der Bundesrepublik Deutschland leben rund 7,3 Millionen Ausländer. Dies entspricht einem Ausländeranteil von 9 Prozent der Bevölkerung. Damit nimmt die Bundesrepublik Deutschland den Spitzenplatz unter den großen westlichen Industrienationen ein. Während sich die Zahl der Ausländer in Deutschland seit 1973 mehr als verdoppelt hat, stagniert die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer auf dem Niveau des Jahres 1973 und geht der Anteil der Ausländer an der Beschäftigung

in Deutschland tendenziell zurück. Das Qualifikationsniveau der ausländischen Beschäftigten ist unterdurchschnittlich. Die Arbeitslosigkeit ist ungefähr doppelt so hoch und die Quote der Inanspruchnahme von Sozialhilfe etwa dreimal höher als bei den Deutschen.

Die Zuwanderung von Ausländern, vor allem wenn sie aus fremden Kulturkreisen und ohne hinreichende Sprachkenntnisse erfolgt, stellt Staat und Gesellschaft vor erhebliche Probleme. Gerade in den Großstädten werden sich diese Probleme bei abnehmender einheimischer Bevölkerung verstärkt zeigen. Zugleich kann Zuwanderung aber auch im nationalen Interesse liegen. Erforderlich ist eine differenzierte Betrachtung des gesamten Zuwanderungsgeschehens.

2. Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland steht auf Grund des seit Jahrzehnten anhaltenden Gebur-



Der Bundespressekonferenz haben Angela Merkel und Edmund Stoiber am 10. Mai in Berlin ein gemeinsames Positionspapier von CDU und CSU zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung vorgestellt.

Die beiden Parteivorsitzenden hoben hervor, dass mit diesem Papier CDU und CSU vor allen anderen Parteien in Deutschland die ersten sind, die ein Gesamtkonzept zu Zuwanderung und Integration haben.

tendefizits in diesem Jahrhundert vor einem dramatischen Einbruch. Die Bevölkerungszahl in Deutschland wird im Jahre 2050 zwischen 60 Mio. und 75 Mio. Menschen (je nach dem jährlichen Wanderungssaldo und der Entwicklung

des Geburtenniveaus) betragen. Damit einher geht ein erheblicher Rückgang des Arbeitskräftepotenzials und eine wesentliche Verschlechterung des Altersquotienten in unserer Gesellschaft.

Ein Ausgleich dieser sich abzeichnenden demographischen Entwicklungen, insbesondere eine Kompensation des Alterungsprozesses durch Zuwanderung ist nicht möglich, da dies die Grenzen der Aufnahmefähigkeit der Bundesrepublik Deutschland weit übersteigen würde. So müsste in die Bundesrepublik Deutschland nach Modellrechnungen der Vereinten Nationen bis zum Jahre 2050 eine Nettozuwanderung in Höhe von 3,4 Millionen Menschen jährlich stattfinden, um einen Anstieg des Altersquotienten zu verhindern. Dies dokumentiert, dass durch Zuwanderung eine Bewältigung der Konsequenzen der sich abzeichnenden demographischen Entwicklung nicht möglich ist. Zuwanderung kann allenfalls einen Beitrag zur Abmilderung dieser Entwicklung leisten.

Stattdessen bedarf es zur Bewältigung der demographischen Veränderungen einer Vielzahl von Maßnahmen aus unterschiedlichen Politikbereichen. Dazu zählen:

- die stärkere Ausschöpfung des vorhandenen Erwerbspersonenpotenzials
- die Stärkung der Bildungssysteme von der schulischen Erst- bis zur lebenslangen Weiterbildung im

**GEMEINSAMES
POSITIONSPAPIER
VON CDU UND CSU
ZUR STEUERUNG
UND BEGRENZUNG
DER ZUWANDERUNG**

Rahmen einer Bildungsoffensive

- die Förderung neuer technologischer Innovationen
- die Verbesserung der Investitionsbedingungen und die Steigerung der Arbeits- und Kapitalproduktivität
- die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- die Anhebung familienpolitischer Leistungen im Rahmen des Machbaren
- die Schaffung eines stärker kinderfreundlichen Klimas in Deutschland
- die Flexibilisierung der Lebens- und Wochenarbeitszeiten
- die erhöhte Eigenverantwortung im Bereich der sozialen Sicherungssysteme bei gleichzeitiger gebührender Berücksichtigung der Erziehungsleistungen im Rahmen des Generationenvertrages.

- 3.** Ziel künftiger Zuwanderungspolitik muss es sein, das bisherige Nebeneinander unterschiedlicher Zuwanderungstatbestände zu beenden und ein Gesamtkonzept zu entwickeln. Dieses muss sowohl den internationalen und europäischen Verpflichtungen, als auch den nationalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland und vor allem der Aufnahmefähigkeit der deutschen Gesellschaft angemessen Rechnung tragen. Es geht daher sowohl um den Umfang als auch um das Profil zukünftiger Zuwanderung. Gegenstand eines Zuwanderungskonzeptes ist also sowohl die Frage der Begrenzung der Zuwanderung, als auch die Frage, welche Zuwanderung künftig nach Deutschland stattfinden soll. Anzustreben ist ein politisches Gesamtkonzept, das drei Zielsetzungen miteinander verbindet:
- die Begrenzung der Zuwanderung durch das Maß der Integrationsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland
 - die Steuerung der Zuwanderung unter Berücksichtigung der nationalen Interessen und der nationalen Identität
 - die Ausgestaltung der Zuwanderung nach Zahl und Profil in einer Weise, die si-

cherstellt, dass die Integrationsziele erreicht werden.

Dabei wird vorausgesetzt, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre humanitären Verpflichtungen erfüllt.

Zuwanderung und Integration gehören zusammen. Dies ist bereits bei der Steuerung des Zuwanderungsprozesses zu berücksichtigen.

4. Auf europäischer Ebene muss alles getan werden, um den Zuwanderungsdruck aus den Staaten der Dritten Welt nach Europa zu reduzieren. Ziel einer europäischen Asylpolitik muss sein, im gesamten Raum der EU gleiche Regelungen für Aufnahme, Aufenthalt und Aufenthaltsbeendigung zu schaffen, um im Interesse des inneren Friedens und des wirksamen Schutzes der Asylsuchenden selbst die immer noch zu hohe Zahl unberechtigter Asylbewerber in Europa zu verringern.

5. Unverzichtbar ist außerdem eine gerechte europäische Lastenverteilung bei der Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Erforderlich ist eine Verteilung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Bevölkerungszahl der jeweiligen Mitgliedsstaaten.

Einheitliche Standards der Sozialleistungen sind anzustreben, um eine durch unterschiedliche Transferniveaus ausgelöste Sogwirkung auszuschließen.

Deutschland darf die bisher in diesem Bereich vorliegenden Vorschläge der EU-Kommission so nicht akzeptieren, da sie zu einer Ausweitung ungesteuerter Zuwanderung in die Mitgliedsstaaten der EU führen würden.

6. Wert tatsächlich politisch verfolgt und schutzbedürftig ist, genießt Asylrecht.

Faktisch wird das Asylrecht aber überwiegend missbräuchlich in Anspruch genommen. Nach wie vor werden nicht mehr als etwa 15 Prozent der Asylbewerber als Asylberechtigte anerkannt oder erhalten vorübergehenden Abschiebungsschutz. Um den Asylmissbrauch einzuschränken, müssen alle einfach gesetzlichen Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung und der Rückführung nach rechtskräftiger Ablehnung genutzt werden. Die Ausgestaltung der Transferleistungen hat in einer Weise zu erfolgen, die keine eigenständigen Zuwanderungsanreize begründet. Lässt sich mit einfach gesetzlichen Maßnahmen der Verfahrensbeschleunigung,

Aufenthaltsbeendigung und Transfergestaltung eine deutliche Reduzierung des Asylmissbrauch nicht erreichen, ist zu überprüfen, wie das Grundrecht auf Asyl nach Art. 16 a, Abs. 1 GG in eine institutionelle Garantie umgewandelt werden kann. Mit einer gleichzeitigen Anpassung der Rechtsweggarantie in Art. 19 Abs. 4 GG würde jedenfalls dann eine spürbare Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren möglich.

7. Für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge gilt der Grundsatz der nur vorübergehenden Aufnahme. Dabei ist eine gerechte europäische Lastenverteilung anzustreben. Nach Beendigung der Krisensituation ist der Aufenthalt auch im Interesse der Heimatländer grundsätzlich zu beenden.

8. Die Aufnahme von Spätaussiedlern entspricht einer historischen Verpflichtung. Die Aufnahmeverfahren sind vom Herkunftsland aus zu betreiben. Dabei kommt der Integrationsperspektive und damit deutschen Sprachkenntnissen auch bei den Familienangehörigen entscheidende Bedeutung zu.

9. Im Rahmen des Ehegatten- und Familiennachzugs

Meilenstein

Das Zuwanderungskonzept von CDU und CSU ist ein innenpolitischer Meilenstein für die Union. Wer die Bevölkerung erreichen will, muss sie da abholen, wo sie steht. Nur wer Punkt für Punkt auf die Ängste der Menschen eine Antwort gibt, kann erwarten, dass sie sich für grundlegend Neues öffnen. Nicht nur das, was CDU und CSU präsentiert haben, sondern auch, wie sie es präsentiert haben, ist ein ausgesprochen verantwortungsvoller Beitrag zur Zukunfts-Debatte dieses Landes.

Rheinische Post

sind die Integrationsvoraussetzungen deutlich zu verbessern. Dabei ist stärker auf das Vorliegen von zumindest Grundkenntnissen der deutschen Sprache zu achten. Im Rahmen des Familiennachzugs ist das Nachzugsalter für Kinder von derzeit 16 Jahren auf künftig 10 Jahre oder jünger abzusenken. Das Nachzugsalter von 16 Jahren hat sich insbesondere für die schulische und berufliche Integra-

tion als nachteilig erwiesen. Spät einreisende Jugendliche haben kaum eine Chance, einen Schulabschluss und damit den Einstieg in eine Berufsausbildung zu schaffen.

10. Die Zuwanderung von Erwerbspersonen setzt den Bestand eines echten Arbeitsmarktbedürfnisses voraus, d. h., dass keine einheimischen Arbeitnehmer oder diesen gleichgestellte Personen zur Besetzung einer in Aussicht genommenen Arbeitsstelle zur Verfügung stehen. Vorrangig ist die Ausschöpfung des einheimischen Erwerbspersonenpotenzials. Ausbildung und Qualifizierung gehen der Zuwanderung vor. Soweit das einheimische Erwerbspersonenpotenzial grundsätzlich ausreicht, werden Arbeitserlaubnis zur Behebung aktueller Engpässe grundsätzlich nur zeitlich befristet erteilt. Dabei gilt:

- Saisonarbeitnehmer sollen für sieben Monate in einem Betrieb arbeiten können.
- Die bestehenden Gastarbeitnehmervereinbarungen zur befristeten sprachlichen und beruflichen Fortbildung von ausländischen Fachkräften sollten von Betrieben, die Arbeitskräfte suchen, stärker als bisher genutzt werden.

■ Im Rahmen der geplanten EU-Osterweiterung sind Übergangsregelungen für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer unabdingbar. Bevor Zuwanderung aus Drittländern erfolgt, sollten im Vorgriff auf die Freizügigkeit bei Bedarf differenzierte und flexible Arbeitsmöglichkeiten für Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern eröffnet werden.

■ Besonders qualifizierte ausländische Absolventen deutscher Hochschulen sollten auf Dauer in Deutschland arbeiten können, wenn in ihrem Beruf ein besonderer Bedarf besteht, der auf dem heimischen Arbeitsmarkt nicht gedeckt werden kann.

11. Eine wirtschafts- und arbeitsmarktbezogene Zuwanderung muss sich im Rahmen von jährlich festzulegenden Quoten halten. Diese Quoten werden von der Bundesregierung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates unter Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte festgesetzt:

- geordnete Arbeitsmarktentwicklung
- innerstaatliche Bevölkerungsentwicklung unter Berücksichtigung der Zu-, Rück-, und Weiterwanderung

- gesellschaftspolitische Aufnahme- und Integrationsfähigkeit

- Integrationsfähigkeit und -bereitschaft der Zuwanderer

- Infrastrukturelle Voraussetzungen (Wohnungsmarkt, Ausbildungsmöglichkeiten, Gesundheitswesen).

Die Auswahl der auf die Quoten anzurechnenden Personen erfolgt auf der Basis eines Punktsystems, das nach Alter, Schulausbildung, Beruf, Sprachkenntnissen, Berufserfahrung, garantiertem Beschäftigungsangebot, bisheriger Berufstätigkeit in Deutschland, Integrationsfähigkeit und -bereitschaft sowie persönlicher Eignung differenziert. Ein Bonussystem gilt für Angehörige von EU-Beitrittsländern, Höchstqualifizierte, Investoren und Führungskräfte.

12. Zuwanderung und Integration gehören untrennbar zusammen. Integration bedeutet die gleichberechtigte Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen, sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Leben in Deutschland. Integration ist ein zweiseitiger Prozess. Vor allem die Zuwanderer sind verpflichtet, sich aktiv um die Einordnung und Teilnahme am Zu-

sammenleben in der Bundesrepublik Deutschland zu bemühen. Integration bedeutet deshalb mehr als die deutsche Sprache zu beherrschen und unsere Rechtsordnung anzuerkennen. Sie beinhaltet auch die Toleranz und die Rücksichtnahme auf die Normen und Gepflogenheiten, denen sich die einheimische Bevölkerung verpflichtet fühlt. Dies bedeutet, dass die Werteordnung unserer christlich-abendländischen Kultur, die vom Christentum, von antiker Philosophie, Humanismus, römisches Recht und der Aufklärung geprägt wurde, akzeptiert wird. Dies heißt nicht Aufgabe der eigenen kulturellen und religiösen Prägung, aber Bejahung und Einordnung in den bei uns für das Zusammenleben geltenden Werte- und Ordnungsrahmen.

13. In Deutschland wurden bei der Integration von Ausländern in den vergangenen Jahrzehnten große Fortschritte erzielt. Trotzdem gibt es Defizite und insbesondere bei Angehörigen fremder Kulturkreise Tendenzen zur Bildung von Parallelgesellschaften. Ziel muss es sein, ausländische Mitbürger in unserer Gesellschaft wirklich einzugliedern und ein echtes Miteinander, nicht ein bloßes

Nebeneinander zu schaffen. Diesem Ziel dient die Veranstaltung von Integrationskursen, bei denen neben Deutsch auch Grundkenntnisse unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung vermittelt werden soll. Die Teilnahme an diesen Integrationskursen ist grundsätzlich obligatorisch. Wer die Kurse absolviert, soll durch eine Verbesserung seiner Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnisituation belohnt werden. Bei Nichtteilnahme sind Verschlechterungen der Aufenthaltssituation oder der Verlust des Anspruchs auf soziale Transferleistungen anzuordnen. Die Kosten der Kurse sind bei Leistungsfähigkeit grundsätzlich durch den Zuwanderer selbst zu tragen. Betriebe, denen künftig Ausländer für einen längerfristigen Arbeitsaufenthalt vermittelt werden, sind an den Kosten der Integrationskurse zu beteiligen.

Erfolgreiche Integration ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

<http://>

Zuwanderung steuern.
Integration fördern.
Antrag des CDU-
Bundesvorstands an
den Bundesausschuss
vom 3. Mai:
www.cdu.de/infonet
und
UID14/Dokumentation

Trotz Klimalücke

■ 150 Millionen Tonnen CO₂ werden jährlich durch die Kernenergie subventionsfrei eingespart, eine Menge, die den Gesamtemissionen im Verkehrsbereich entspricht. Und trotzdem will Rot-Grün aussteigen und kümmert sich nicht darum, dass eben noch der Bundeswirtschaftsminister öffentlich erklärt hat: ein solcher Ausstieg ziehe eine Klimalücke nach sich, die bis 2020 nicht geschlossen werden kann. **Kurt-Dieter Grill**, Berichterstatter der CDU/CSU für Energiepolitik: „Gleichzeitig zwingt Rot-Grün die Energiewirtschaft zu Ausbau und Erneuerung der Kraft-Wärme-Kopplung und damit zu neuen Subventionen zu Lasten von Verbrauchern und Wirtschaft.“

Quittung

■ Wie die unbefriedigenden Arbeitsmarktdaten sind auch die zu erwartenden Steuer-Einnahmeausfälle Ausdruck einer sich immer mehr verschlechternden Binnenkonjunktur. Und die ist, so der stellv. Vorsitzende der CDU/CSU, **Peter Rauen**, „Folge der wirtschafts-, arbeitsmarkt- und finanzpolitischen Fehler der Bundesregierung“. Hauptleidtragende: Arbeitnehmer, Verbraucher, kleine und mittlere Unternehmen.

Zukunftsweisend

■ Die Kirchhof-Gruppe hat den Vorschlag einer grundlegenden Reform des Einkommensteuerrechts gemacht. Merkmale: ■ durchgreifende Entlastung ■ radikale Vereinfachung ■ der Spitzensteuersatz soll auf 35 Prozent abgesenkt werden. **Friedrich Merz**, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Wir begrüßen diesen sog. Karlsruher Entwurf. Denn wir fühlen uns durch diesen mutigen Reformvorschlag in unserer erst vor wenigen Tagen neuerlich erhobenen Forderung nach einer radikalen Steuerrechtsvereinfachung bestätigt. Der Steuerzahler muss wieder darauf vertrauen können, dass sich die Höhe seiner Steuern allein an seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientiert.“

Alle dagegen

■ Bundesumweltminister Trittin hat den Nachweis, dass Zwangspfand auf Getränkeverpackungen die Mehrwegflasche fördert, nicht erbringen können. Nur eins ist sicher: Es würde Unternehmen und Verbraucher mit Milliardenkosten belasten. **Werner Wittlich**, Berichterstatter der CDU/CSU für die Verpackungsordnung: „Wir sind auch weiterhin bereit, eine vernünftige Lösung mitzutragen. Wir sind aber dagegen,

Der Evangelische Kirchentag soll künftig mehr als bisher von Unionspolitikern zum Zweck der Diskussion über politische Themen besucht werden. Das hat Friedrich Merz nach einem Gespräch mit der Generalsekretärin des Kirchentags, Friederike Woltdt, beim EAK erklärt.

dass die Bürger bisher schon in Altglascontainern und wohnortnahen Wertstofftonnen gesammelte Verpackungen zu teuren Rücknahmeautomaten in die Läden zurücktragen sollen.“

Rat- und hilflos

■ Der „Sucht- und Drogenbericht 2000“, den der Drogenbeauftragte der Bundesregierung jetzt vorgestellt hat, verschweigt, dass die Zahl der Drogentodesfälle seit Antritt der rot-grünen Regierung um 20 Prozent gestiegen ist. Funkstille auch auf dem Gebiet der Prävention. Schlimmer noch: Die Bundesmittel dafür wurden massiv gekürzt. **Hubert Hüppe**, Beauftragter der CDU/CSU für Drogenpolitik: „Kein Wort zum Drogenproblem unter jungen Aussiedlern, kein Lösungsansatz bei Crack und Ecstasy und auch nichts zu den rot-grünen Lieblingsthemen Fixerstuben und staatliche Heroinabgabe. **UD**

NICHT MEHR so fest im Sattel wie noch vor wenigen Monaten sitzt die rot-grüne Koalition in Hamburg. Wenige Monate vor der Bürgerschaftswahl käme die SPD nur noch auf 34 Prozent der Stimmen. 1997 waren es noch 36,2. Die Grünen sind von 13,9 auf 12 Prozent gerutscht. Das bedeutet: keine Mehrheit. CDU und FDP zusammen bringen nach der neuesten Forsa-Umfrage inzwischen genau so viel auf die Waage wie Rot-Grün.

UNZUFRIEDEN mit der Politik der Schröder-Regierung sind Deutschlands Steuerberater. Volker Fasolt, Präsident der Bundessteuerberaterkammer: „Das Steuerrecht ist zum Spielball der Politik geworden.“ Was dem Steuerrecht fehle, sind Systematik und Verlässlichkeit. Besonders schlimm: Die Steuergesetzgebung ist nicht frei von ideologischen Motiven. Beispiel: Erbschaftsteuer. So gebe es immer noch keine sachgerechte Bewertung von Grundstücken nach unterschiedlichen „Lagen“.

UNREALISTISCH ist nach Meinung des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA) das Zahlenwerk der rot-grünen Rentenreform. Da die Bundesregierung für die nächsten 30 Jahre von falschen

Voraussetzungen ausgehe, werde die Reform so lange jedenfalls nicht Bestand haben. Prof. Meinhard Miegel, wissenschaftlicher Berater des DIA zieht die Richtigkeit von drei Annahmen in Zweifel: ■ die langsame Zunahme der Lebenserwartung ■ den deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit und ■ eine spürbare Heraufsetzung des Renteneintrittsalters. Prof. Reinhard Schnabel (Uni Essen): „Illusorisch“ ist insbesondere das Rentenniveau in Höhe von 67,8 Prozent für den „Eckrentner“ im Jahr 2030.

UNTER 18 JAHREN waren im Mai 2000 die Kinder von rund 8,9 Millionen Frauen: rund drei Prozent weniger als 1991. Der Rückgang der Zahl von Müttern mit Kindern unter sechs Jahren hat sich in den neuen Bundesländern innerhalb der neun Jahre sogar fast halbiert.

ALKOHOL am Arbeitsplatz trinken täglich 4,3 Millionen Menschen. Von den insgesamt 39,1 Millionen Arbeitnehmern sind zwei Millionen alkoholkrank. Nach Zahlen, die der Berufsgenossenschaftliche Arbeitsmedizinische Dienst (BAD) veröffentlicht hat, liegen die Fehlzeiten von Alkoholkranken 16mal höher als die von

Nichtabhängigen. In Betriebsunfälle sind Alkoholiker dreimal so häufig verwickelt.

AUF STASI-MITARBEIT sind im Auftrag ihrer privaten Arbeitgeber bisher nur 35 ostdeutsche Journalisten überprüft worden. Herbert Ziehm, zuständiger Referatsgruppenleiter bei der Behörde für die Unterlagen des DDR-Gheimdienstes: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat dagegen Anfragen zu 3.700 Journalisten gestellt. Grund für diesen Riesenunterschied: Laut Stasi-Unterlagengesetz dürfen private Unternehmen nur ihr Führungspersonal auf eine Kooperation mit dem früheren Ministerium für Staatssicherheit (MfS) kontrollieren. „Belastungsquote“ bei den 3.700: fünf Prozent.

NUR HALB SO VIEL Strom wie die Vereinigten Staaten verbrauchen die Volkswirtschaften der EU-Länder. 6.120 Kilowattstunden betrug letztes Jahr der Pro-Kopf-Verbrauch in der EU. Wie der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) mitteilte, entfielen auf jeden US-Bürger 12.100. Die Gründe: ■ Klima ■ geografische Lage ■ Grad der Industrialisierung ■ verfügbare Energiequellen ■ Verbraucherverhalten. **UD**

Belastungen für Bürger und Betriebe werden steigen

Kein bundesdeutscher Finanzminister hat je mehr Steuern eingenommen als Hans Eichel. Im Jahr 2000 zahlten die Deutschen an EU, Bund, Länder und Gemeinden knapp 914 Mrd. DM, immerhin 3 Mrd. DM mehr als noch im Mai 2000 geschätzt.

2001 werden es nach dem Schätzvorschlag von Bundesfinanzminister Hans Eichel fast 887 Mrd. DM sein, also 27 Mrd. DM weniger, obwohl die „größte Steuerreform aller Zeiten“ das Land doch um 45 Mrd. DM entlasten sollte.

Die Menschen merken bei jedem Tankstellenbesuch und an jedem Monatsersten, dass von einem „Rückgang der Steuerlast“ nicht die Rede sein kann. Tatsächlich nimmt die Steuerlast für jeden zu. Bis 2004 steigen die Steuereinnahmen auf rund 1011 Mrd. DM weiter an; hiervon sollen fast 436 Mrd. DM allein auf den Bund entfallen. Hans Eichel nimmt schon in diesem Jahr rund 40 Mrd. DM mehr ein als Theo Waigel 1998; 2004 werden es fast 100 Mrd. DM mehr sein!



Es fehlt also nicht an Geld, es wird nur falsch ausgegeben. Und die Belastung von Bürgern und Betrieben nimmt weiter zu. 2004 wird die Steuerquote etwa einen Prozentpunkt über der Steuerquote von 1998 liegen. Die rot-grüne Politik erdrückt das Wachstum.

Die Wachstumschwäche ist hausgemacht

Das reale Wachstum, das 1998 noch 2,8 % betrug, sinkt in diesem Jahr auf unter 2 %. Dafür klettert die Inflation in Richtung 3 %! Hausgemachte Gründe sind dafür verantwortlich und wirken weiter dämpfend. Eine falsche Wirtschafts- und Ordnungspolitik, die Betriebe mehr behindert, und eine

falsche Energiepolitik, die die Energiekosten in die Höhe treibt. Von den Zusatzbelastungen beim Sprit allein kassiert Hans Eichel 30 Pfennig (18 Pfennig „Ökosteuer“, 12 Pfennig MWSt), mit weiter steigender Tendenz! Die Zusatzbelastung – allein aus dem Energiepreisanstieg – beträgt gegenüber 1998 für Bürger und Betriebe mindestens 70 Mrd. DM. Wie soll vor diesem Hintergrund durch eine nur halb so hohe Steuerentlastung die inländische Kaufkraft zunehmen?

Mehr Kindergeld für alle Kinder ist finanzierbar

Die Belastungen der Familien haben zugenommen. Zum 1. Januar 2002 nimmt der Bund noch einmal 5,7 Mrd. DM mehr „Ökosteuer“ ein. Den Familien soll aber nur für das erste und zweite Kind mehr Kindergeld gewährt werden – und diese Leistung soll von den Familien selbst teilweise gegenfinanziert werden! 30 DM mehr Kindergeld auch für das 3. und weitere Kinder sind finanzierbar.

Selbst in diesem Jahr werden die Steuereinnahmen des Bundes nach Hans Eichels eigener Schätzung nur um etwa 800 Mio. DM unter dem Ansatz des Finanzplans aus dem Sommer 2000 liegen. Diese geringe Abweichung in den langfristigen Planzahlen liegt noch in der „Schätzmarke“ und rechtfertigt es nicht, von einer Unfinanzierbarkeit der Kindergelderhöhung zu reden.

Wir fordern das Parlament zum Handeln auf

Trotz der nur geringfügigen Veränderungen bei den Steuereinnahmen ergeben sich für den Bundeshaushalt, auch auf der Ausgaben-seite, insgesamt Veränderungen in zweistelliger Milliardenhöhe. Veränderungen dieses Ausmaßes

müssen vom Haushaltsgeber, müssen vom Parlament beraten und beschlossen werden!

Die rot-grüne Bundesregierung sollte nicht – nur um von ihrer falschen Politik abzulenken – über Steuerausfälle lamentieren, die wesentlich geringer sind als die zuvor versprochene Steuerentlastung durch die „größte Steuerreform der Geschichte“.

PETER RAUEN MDB:

Steuerschätzung ist Quittung für eine **verfehlte Politik**

Die zu erwartenden Einnahmeausfälle sind ebenso wie die unbefriedigenden Arbeitsmarktdaten der letzten Woche Ausdruck einer sich immer mehr verschlechternden Binnenkonjunktur.

Während die internen Probleme im vergangenen Jahr noch von der durch den niedrigen Euro-Kurs begünstigten Export-Konjunktur verdeckt werden konnten, schlägt die Schwäche der Binnenkonjunktur jetzt auf Arbeitsmarkt und Steuereinnahmen durch.

Die Ertragslage der vom Inlandsmarkt abhängigen

Unternehmen hat sich dramatisch verschlechtert. Schon im vergangenen Jahr waren diese nicht in der Lage, Kostensteigerungen infolge höherer Importpreise an ihre eigenen Abnehmer weiterzugeben. Nur so ist zu erklären, daß das nominale Wirtschaftswachstum im letzten Jahr erstmals seit 1954 unter dem realen Wachstum lag. Die Folgen dieser Gewinneinbußen machen sich jetzt auch bei den Steuereinnahmen bemerkbar.

Die desolaten Binnenkonjunktur ist Folge der wirtschafts-, arbeitsmarkt- und

finanzpolitischen Fehler der Bundesregierung.

Statt durch eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und breit angelegte Steuer-senkungen die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu schaffen, legte die Regierung darauf an, die Wirtschaft mit zusätzlichen Reglementierungen (z.B. mehr Betriebsräte, Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit) zu drangsalieren. Die Konsequenzen treffen vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, die schon bei der Steuerreform des letzten Jahres auf der Verliererseite gestanden haben.

Berechtigte Forderungen der ehrenamtlich Tätigen regelrecht „abgebürstet“

Die Zukunft der Vereinsichern: durch wirtschaftliche und bürokratische Entlastung, durch Verbesserung ihrer Gestaltungsmöglichkeiten und Erweiterung ihrer Freiräume.

Das war die Absicht einer Großen Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – verbunden mit der Aufforderung an die Bundesregierung, zu den brennenden Fragen der Vereine und der ehrenamtlich Tätigen Stellung zu beziehen und zu erklären, welche Initiativen zur Stärkung der Vereine und ehrenamtlich Tätigen unternommen werden sollen.

Die Antwort: mehr als ernüchternd. Alle unserer berechtigten Forderungen regelrecht abgebürstet. Das heißt:

- keine Entlastung der durch die Neuordnung der 630-Mark-Jobs und der Scheinselbständigkeit aufgebürdeten bürokratischen und finanziellen Belastungen,
- keine Erhöhung der Übungsleiterpauschale auf 4.800 jährlich und Erweiterung des Bezieherkreises um Vorsitzende, Funktionsträger und Helfer,

- keine Einführung einer steuerfreien Ehrenamtspauschale von 1.200 Mark jährlich,

- keine Erhöhung der Zwecksbetriebs- und Besteuerungsgrenzen für gemeinnützige Vereine,

- keine Sozialversicherungsfreiheit bei Aufwandsentschädigungen,

- keine Einschränkung bei Haftungsrisiken und

- keine Entlastungen der gemeinnützigen Vereine von der so genannten Ökosteuer und der Erhöhung der Energiesteuern, wie dies vielen Großunternehmen eingeräumt worden ist. Die Ablehnung unserer Forderungen

zeigt, was Rot-Grün in Wirklichkeit vom ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger hält: wenig.

Wie wenig, zeigt allein schon das Beispiel eines ehrenamtlich tätigen Vereinsvorstands, dem die Regierung nämlich die gleiche Verantwortung und Haftung aufbürdet wie dem hauptamtlich tätigen Vorstand einer GmbH.

Was bleibt uns zu tun? Wir müssen das Gespräch vor Ort suchen: mit ■ ehrenamtlich Tätigen ■ Vereinen ■ Organisationen. Und dabei mit unseren besseren Konzepten für unsere Politik werben.

Jugoslawischer Staatspräsident zu Gesprächen im Konrad-Adenauer-Haus

Die Parteivorsitzende Angela Merkel ist am 15. Mai in Berlin mit dem jugoslawischen Staatspräsidenten Vojislav Kostunica zusammengetroffen. Es war Kostunicas erster Besuch in Deutschland nach seinem Amtsantritt im vergangenen Oktober. Zu den Themen des Arbeitsbesuchs gehören der Aussöhnungsprozeß mit den jugoslawischen Nachbarstaaten und die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.



CHRISTIAN WULFF:



Fairer Sozialstaat braucht Versicherungsschutz **à la carte** statt Einheitsmenüs

Für eine Debatte ohne Tabus über die Zukunft der Sozialsysteme in Deutschland tritt der stellvertretende Parteivorsitzende Christian Wulff in seinem Plädoyer „Für einen fairen Sozialstaat“ ein.

Wulff macht sich darin für eine neue Abgrenzung zwischen kollektiver Absicherung und persönlicher

[http://](http://www.cdu-niedersachsen.de)

Wortlaut des Papiers:
www.cdu-niedersachsen.de

Verantwortung stark – und damit für mehr Wahlfreiheiten für die Versicherten.

Die freiwillige Abwahl von bisherigen Ansprüchen an die sozialen Sicherungssysteme durch die Versicherten könne eine erhebliche Reduzierung des Beitragssatzes in den Sozialsystemen ermöglichen. Die durch diese Entlastung neu entstehenden finanziellen Freiräume läßt die Arbeitnehmerhaushalte wieder stärker entscheiden, ob sie in

zusätzliche private Absicherung oder z. B. Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand – also Mitarbeiterbeteiligung – investieren wollen.

Christian Wulff: „Ziel meines Vorschlages ist es, den Sozialstaat als humanitäre Errungenschaft zu sichern und zusätzlich den Arbeitnehmerhaushalten durch eine Entlastungs offensive netto mehr im Portemonnaie zu belassen und deren Stellung zu stärken.“

CHRISTEAN WAGNER:



Ermutigende **Zwischenbilanz** des ersten Modellversuchs „elektronische Fußfessel“

„Die elektronische Fußfessel fördert Eigeninitiative und Selbstdisziplin bei Straftätern, die unter Bewährungsaufsicht stehen.“ Diese positive Bilanz zog der hessische Justizminister Christean Wagner nach einem Jahr Modellprojekt „Elektronische Fußfessel“ in Frankfurt.

Als besonderen Erfolg wertete Wagner, dass es gelungen sei, alle betroffenen

Personen in Arbeit zu vermitteln und diese Arbeitsstellen während des Projektes nicht wieder aufgegeben worden seien. Mit Hilfe der Technik könne eine enge Kontrolle erfolgen, die dem Probanden jeden Tag wieder neu klar mache, dass er sich an die Vorgaben zu halten habe. Bei einem Verstoß müsse er damit rechnen, ins Gefängnis eingeliefert zu werden.

Als erstes Zwischenergebnis des Modellversuches kann nach Wagners Worten festgestellt werden, dass alle Personen, die an dem Modellversuch teilnehmen, hierdurch zu einer für ihre Verhältnisse enormen Selbstdisziplin zur Erfüllung des ihnen vorgegebenen Wochenplanes angehalten werden.

[http://](http://www.cdu-hessen.de)

Weitere Informationen:
www.cdu-hessen.de

CDU ist **Motor** des Aufwärtstrends im Land Bremen

Der 95. Landesparteitag der CDU Bremen fand am 5. Mai in Bremerhaven statt. Ehrengast war Generalsekretär Laurenz Meyer, der zum ersten Mal in dieser Funktion den Landesverband Bremen besuchte.

Gleich zu Anfang des Halbzeit-Parteitages fand der Landeschef der Bremer CDU, Bernd Neumann MdB, klare Worte für die Erfolge der Großen Koalition in Bremen. Die Regierungsbeteiligung der CDU Bremen in der Großen Koalition und die Erfolge in den für Bremen wichtigen Ressorts Finanzen, Wirtschaft und Inneres sind – so Bernd Neumann – für das inzwischen positive Image Bremens in Deutschland verantwortlich: „In Bremen und Bremerhaven herrscht Aufbruchstimmung. Neue, hochwertige Arbeitsplätze werden geschaffen, die Finanzen werden konsolidiert, die Menschen leben sicherer, und selbst in die Bildungslandschaft ist Bewegung gekommen. Die CDU ist der Motor des Wechsels in Bremen.“ Der Landesvorsitzende att-

kierte aber auch die SPD-Protagonisten, die als „Erben-gemeinschaft“ schon auf das Amt Henning Scherfs lauern, der als Trojanisches Pferd von den Sozialdemokraten noch mal in den Wahlkampf geschickt werden soll, um kurz danach dann ausgewechselt zu werden. Das komme einer Wählertäuschung gleich. Ohne Scherf sei die Bremer SPD nicht regierungsfähig, sie würde wieder in ihre linksideologische Politik zurückfallen. Nur mit einer starken CDU im Senat könne der Sanierungskurs erfolgreich fortgesetzt werden.

Laurenz Meyer: Gute Chancen 2002

Als Ehrengast sprach Generalsekretär Laurenz Meyer. In seiner Rede ging er auf die aktuellen Bundesthemen ein. Von der Spendenaffäre über die Definition des Begriffes der Leitkultur bis hin zur „Fischer-Trittin-Thematik“ ließ er nichts aus. Alle Themen wurden von Laurenz Meyer kämpferisch und mit zahlreichen Bonmots dargestellt. Sein Optimismus, dass die



Bernd Neumann: Wir werden erfolgreich sein, wenn wir Kämpfen und solidarisch sind.

CDU 2002 gute Chancen habe, stärkste Fraktion im Bundestag zu werden, übertrug sich auch auf die Delegierten.

Generalsekretär Laurenz Meyer und Landeschef Bernd Neumann machten deutlich, dass die CDU in Bund und Land stolz auf ihre Arbeit sein könne und gute Chancen habe, 2002 im Bund und 2003 in Bremen bei den Wahlen erfolgreich hervorzugehen. Voraussetzung dafür sei, „dass man kämpferisch und solidarisch auftritt“, so Bernd Neumann abschließend.

[http://](http://www.cdu-bremen.de)

Weitere Informationen:
www.cdu-bremen.de

Motto: Wir sind die **Mitte**

Eberhard Diepgen mit Spitzenergebnis

Mit einem Spitzenergebnis von 92,2 Prozent wurde der Landesvorsitzende der Berliner CDU und Regierende Bürgermeister, Eberhard Diepgen, auf dem zweitägigen Landesparteitag der Berliner Union im Amt bestätigt.

Insgesamt demonstrierte die Hauptstadt-CDU während ihres Wahlparteitags, der unter dem Motto „Wir sind die Mitte“ stand, große Geschlossenheit.

Eberhard Diepgen warnte in seiner Parteitagrede, die mit stehendem Applaus von den rund 400 Delegierten quittiert wurde, eindringlich vor sozialdemokratischen Tendenzen in Richtung eines rot-rot-grünen Linksbündnisses in der Hauptstadt und forderte den PDS-Schattenmann Gysi auf, offen seine Spitzenkandidatur für die Berliner Landespolitik anzumelden.



Gleichzeitig warnte er den Koalitionspartner SPD in seine eigenen Interesse vortaktischen Spielen mit der SED-Fortsetzungspartei.

Ebenfalls wiedergewählt wurden auf dem Parteitag der Berliner Generalsekretär Ingo Schmitt sowie Landesschatzmeister, Siegfried Helias. Als Stellvertreter wurden die Berliner Bezirksbürgermeister Marlies Wanjura, Joachim Zeller und Dieter Hapel

ebenso gewählt, wie der scheidende Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Klaus Landowsky, der Berliner JU-Landesvorsitzende Kai Wegner sowie Monika Grüters und Stefan Schlede.

Neben den Personalwahlen verabschiedete der Landesparteitag umfangreiche Satzungsänderungen. Darunter Verhaltensregeln für Parteimitglieder mit verbindlichen Spendenrichtlinien.

Neben einer verbesserten Regelung der Entgegennahme und Verrechnung von Spenden hat die Berliner CDU auch die Leitlinien ihrer Öffentlichkeitsarbeit neu formuliert. Es heißt dazu u.a.: Jeder Orts- und jeder Kreisverband erarbeitet jährlich eine Bilanz seiner Arbeit; diese ist zu veröffentlichen und soll sich nicht auf unkritische Selbstdarstellung beschränken.

<http://>

Der neue Landesvorstand sowie die Landessatzung sind über die Homepage des CDU-Landesverbandes unter www.cduberlin.de abrufbar.



REGIERUNG

Inszenierte Erfolge

Die Szenenfolge wird sich bis zum nächsten Bundestagstermin noch einige Male wiederholen. Zuerst verbreiten die Heloten der Macht, dass den Kanzler einmal mehr die soziale Frage umtreibt. Dann streuen die Oberheloten einen Betrag im Hintergrundgespräch mit den Medien, um unmittelbar danach öffentlich und mit bitterer Miene zu bezweifeln, ob soviel und jetzt finanzierbar sei. Und weil soziale Wohltaten fast immer das schier undurchschaubare Gestrüpp der Finanzbeziehungen zwischen Land und Bund berühren, ist der nächste Drehort das Kanzleramt, von außen. Denn dort brennt noch Licht, sogar am Sonntagabend. Dem Einzug der Landesfürsten zur Hauptnachrichtenzeit – **natürlich nur die der eigenen Partei** – folgt Sendepause. Pünktlich zu den ARD-Tagesthemen haben sich die Helden der

Nacht- und Sonntagsarbeit mit sich selbst geeinigt und melden Erfolg. Tags drauf prahlt der Kanzler von einem „gewaltigen Schritt“ und lässt sich für nichts weniger loben, als dass der Fiskus tatsächlich ein paar Mark der Milliarden-Beute wieder herausrücken will, die er dem Lohn- und Einkommensempfänger jeden Monat aus der Tasche zieht. Diesmal ging es um 30 Mark Kindergeld – vorbehaltlich der nächsten Steuerschätzung, versteht sich.

Die Welt

KINDERGELD

Kein Signal

So sieht also die neue rot-grüne Familienpolitik aus. 30 Mark mehr Kindergeld für das erste und zweite Kind. Warum jubelt da niemand? Ganz einfach: Die 30 Mark, die Bundeskanzler Schröder den Kindern großzügig gewährt, sind wahrlich kein familienpolitisches Signal. Sie sind nicht einmal ein Indiz dafür, dass Rot-Grün großar-

tige Visionen entwickeln würde, wie das für Kinder nicht unbedingt angenehme Klima in der Bundesrepublik familienfreundlicher werden könnte. Die Entlastung für die Eltern hält sich in Grenzen. Der Kanzler verspricht die Erhöhung zudem schon seit langer Zeit. Ein Abspecken oder gar der komplette Verzicht wäre nicht möglich gewesen. Die Kindergelderhöhung überrascht nicht.

Der Tagesspiegel

RENTE

Vertrauensverlust

Walter Riester hatte bei der Rentenreform zu einem großen Sprung angesetzt: Die gesetzliche Rentenversicherung sollte bis 2030 stabilisiert werden. Daneben wollte der SPD-Arbeitsminister die kapitalgedeckte Vorsorge zu einer starken Säule der Alterssicherung ausbauen. Beide Pläne sind nach dem langwierigen Gerangel mit Gewerkschaften, Opposition und Interessenverbänden nicht einmal im

Ansatz verwirklicht worden. Die Änderungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung sind im Vergleich zu dem, was Riesters Vorgänger Norbert Blüm bereits durchgesetzt hatte, eher ein Rückschritt. Bei Blüm sollte der Rentenanstieg entsprechend der steigenden Belastungen durch die höhere Lebenserwartung abgebremst werden. Dies war nicht nur plausibel, sondern auch kalkulierbar. Bei Riester werden die Rentenerhöhungen nach vielen Irrungen und Wirrungen nun um willkürliche Abschläge von der Lohnentwicklung abgekoppelt. Das Sparen hat Riester bei den vielen Nachbesserungen aus den Augen verloren. Sein Beitragsziel für 2030 erreicht er nur noch mit geschönten Annahmen zur Entwicklung der Beschäftigung und der Lebenserwartung. So mogelt sich Riester an der Verantwortung vorbei, frühzeitig zu sagen, dass eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters nach 2010 unumgänglich ist. Es bleibt ein Vertrauensverlust der Versicherten in ihre Rente.

Handelblatt

Mit Verfallsdatum

Die Rentenreform ist nach wie vor ungerecht, sozial unausgewogen, berücksichtigt die von Karlsruhe geforderte Familienkomponente unzureichend, ist zu bürokratisch, geht von völlig unrealistischen Annahmen hinsichtlich der Beschäftigung aus und hat dennoch die Hürde des Bundesrats genommen. Zwar ist Minister Riesters der Union in so vielen Punkten entgegengekommen, dass sein ursprünglicher Entwurf bis zur Unkenntlichkeit verändert wurde – durchschaubarer ist das Machwerk dadurch nicht geworden. Es trägt mithin bereits jetzt ein politisches Verfallsdatum.

Rheinische Post

KRANKENKASSEN

Fatale Folgen

Funktionäre der großen und teuren Krankenkassen können den Champagner vorerst im Kühlschranks lassen. Denn das Hickhack in der Gesundheitspolitik ist um eine

Nuance reicher: Auf Druck der Grünen setzt sich in der Koalition ein Stück Vernunft durch. Die Bundesregierung mildert den Kündigungsstopp für Kassenmitglieder ab und will wenigstens bei Beitrags erhöhungen weiter einen Wechsel der Krankenkasse erlauben. Gesundheitsministerin Ulla Schmidt hat sich zuvor offenbar wenig Gedanken darüber gemacht, welche fatalen Folgen ihr neues Kündigungsverbot haben könnte. Die Krankenkassen müssten für die nächsten 18 Monate keinen einzigen Gedanken darn verschwenden, ob ihnen die Mitglieder wegen zu hoher Beitragssätze davonrennen. Die Mitglieder wären ihnen völlig ausgeliefert. Der Druck, Kosten zu sparen, würde entfallen. Die Beiträge könnten weiter in die Höhe klettern. Konkurrenz belebt das Geschäft. Dieser Grundsatz gilt auch für die Krankenversicherung. Ulla Schmidt ist jedoch dabei, den notwendigen Wettbewerb zwischen den Kassen auszuhebeln. Auch der geplante Mindestbeitragssatz von 12,5 Prozent geht in die falsche Richtung.

Sächsische Zeitung

Bestellschein

- Außenwerbemittel -

--	--	--	--

Kreisverbands-Nr.

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Öffentlichkeitsarbeit
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn

Fax: (0228) 544-372

CDU-Verband

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

Menge	Artikel	Einzelpreis	Gesamtpreis
	CDU-Schaukasten , wetterfeste Ausführung aus Aluminium mit magnethaftender Rückwand, Außenmaße: 100,7 cm x 85,7 cm x 7 cm	460,00 DM	
	- Ständergarnitur	165,00 DM	
	- Beleuchtungsgarnitur	100,00 DM	
	Mastanhänger , DIN A1, komplett, Preis bis 500 Expl.	17,95 DM	
	Preis ab 501 Expl.	16,50 DM	
	Ersatz Pappträgerplatte	2,50 DM	
	Ersatz-PE-Hülle mit Stäben	3,00 DM	
	Schnellspannband, für Mastanhänger	0,70 DM	
	Klebeband (glasfaserverstärkt), 50 m	4,00 DM	
	Dachständer , DIN A1, ohne Scheiben	64,00 DM	
	DIN A1, mit Scheiben	110,00 DM	
	DIN A0, ohne Scheiben	84,00 DM	
	DIN A0, mit Scheiben	160,00 DM	
	Einzelstellfläche , DIN A1	25,00 DM	
	DIN A0	34,00 DM	
	Dreieckständer , DIN A1, Höhe 1,39 m ohne PVC-Scheiben	113,00 DM	
	mit PVC-Scheiben	133,00 DM	
	Dreieckständer , DIN A1, Höhe 1,62 m ohne PVC-Scheiben	119,00 DM	
	mit PVC-Scheiben	139,00 DM	
	Dreieckständer , DIN A0, Höhe 1,62 m ohne PVC-Scheiben	148,00 DM	
	mit PVC-Scheiben	180,00 DM	

Die Berechnung und Lieferung dieser Bestellung erfolgt durch den jeweiligen Hersteller. Alle genannten Preise verstehen sich zzgl. MwSt. und Frachtkosten

Datum

Unterschrift



Broschüre
„Alter ist nichts für Feiglinge“
 Darstellung zur Arbeit der Senioren
 Union der CDU Deutschlands

Bestell-Nr. 5729
 50 Expl.: 37,50 DM (19,17 EURO)

Broschüre „Pflegebedürftigkeit“
Kritikpunkte zum Begriff
„Pflegebedürftigkeit“ im System
der Sozialen Pflegeversicherung

Bestell-Nr. 5730
 25 Expl.: 55,00 DM (28,12 EURO)



Aufnahmeantrag „Senioren Union“

Bestell-Nr. 6293
 100 Exemplare/kostenlos



Union Betriebs G
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche P
Entgelt bezahlt.

2600-5-42720AKV

148/ 45
G 8457

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Postfach 12 60

53730 Sankt Augustin

Nr. 301 310 815

Herr u. Frau
Steuerzahler

**WEG MIT DIESER
K.O. STEUER**

**Sie ist ökologisch
unsinnig.**

Nur ein halbes Pfennig Liter Kraftstoffverbrauch bringt ein halbes Geld für den "Fiskus". Er nutzt dieses, nicht besser für die Rentenkasse und schließlich für die Umwelt!

Recht hat also auch dann, wenn auch umweltfreundliche Energieträger wie Wind, Wasser, Biomasse, Sonne werden von der Ökosteuer erfasst. Rund 2,5 Liter Ökosteuer hat also auch die Deutsche bei 2000 einen Pfennig dabei. Das heißt, ein Liter (Licht) kostet 2 Pfennig.

...und das, was jetzt hier dem Volk angeboten wird, sieht ein bisschen nach Abkassieren beim "Achtens Mann" aus!"

Das neue Kraftstoffsteuer-Berechnungs- und Steuer- Nachschlüssel 2002 (ISBN 3 7089 1000 0)

Sieht nicht nur so aus, ist auch so.

**WEG MIT DIESER
K.O. STEUER**

Sie ist ungerecht:

Die Ökosteuer belastet besonders die, die nicht von einer Senkung der Kosten für Energie profitieren. Rentner, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Studenten, Beamte und Soldaten. Familien mit Kindern und Pensionäre können ihren Energie- und Mobilitätsbedarf nur in geringem Umfang senken. Sie sind die Verlierer.

Ich bedauere auch, dass der eine oder andere seine Heizung, sein Auto, sein Heizöl, fürs Gas zu zahlen hat. Aber mehr sind es dann auch nicht im ungewöhnlichen Fall. Bei 6 Pfennig ist Ende der Fahnenstange."

Jetzt sind es schon 21 Pfennig beim Benzin - wer einmal kauft...



Sparbuch „Ökosteuer“
DIN A0 · Bestell-Nr.: 5707 · Preis je
100 Expl. 22,00 DM (11,25 EURO)
Verpackungseinheit: 100 Expl.



Aufkleber XXL
„Weg mit dieser ÖK.O.-Steuer“

Format 42 x 12 cm · Bestell-Nr.: 9865
Preis je 100 Expl. 45,00 DM · (23,01 EURO)

Format 14 x 4 cm · Bestell-Nr.: 9684
Preis je 100 Expl. 10,00 DM · (5,11 EURO)

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen

**BESTELL-
ANSCHRIFT**

IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Telefax 02524/911310
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de